Die Welt bewegt sich unaufhaltsam auf eine multipolare Ordnung zu, während die USA durch ihre eigenen Fehler ihren Niedergang beschleunigen – so eine verbreitete Annahme. **Thomas Fazi** stellt diese infrage: Während Washington weiterhin seine wirtschaftliche und militärische Macht einsetzen kann, erweisen sich die BRICS als unfähig, gemeinsam Widerstand zu leisten. Ist ein friedlicher Übergang zu einer multipolaren Weltordnung überhaupt möglich? Aus dem Englischen übersetzt von **Maike Gosch**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/261104_Wer_gewinnt_den_Krieg_um_die_Multipolaritaet_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Im September trafen sich die Staats- und Regierungschefs der BRICS-Staaten in Neu-Delhi und verabschiedeten eine Erklärung, die 140 Absätze umfasst (ausführlich hierzu Nel Bonillas Analyse, Teil 1, Teil 2 und Teil 3), in der sie es versäumten, den Bombenangriff auf eines ihrer eigenen Mitgliedsländer, den Iran, zu verurteilen. Es war ein bezeichnender Moment, der im Widerspruch zu einer mittlerweile über das gesamte politische Spektrum hinweg geteilten Ansicht steht: dass sich die Welt unaufhaltsam in Richtung Multipolarität bewegt und dass die USA, indem sie von einem Fehler in den nächsten stolpern, diesen Prozess ungewollt beschleunigen.

Indem sie Russland und China gleichzeitig vor den Kopf stießen, haben die USA diese beiden Länder einander in die Arme getrieben. Indem sie den Dollar als Waffe einsetzten und sowohl Freunden als auch Feinden Zölle auferlegten, haben sie die Entdollarisierung beschleunigt und die BRICS-Staaten gestärkt. Ihre Missachtung des Völkerrechts hat ihre Legitimität zunichtegemacht. Der Angriff auf den Iran wird typischerweise lediglich als der jüngste Eintrag in dieser langen Liste von Fehltritten dargestellt: Viele behaupten, die USA hätten eine strategische Niederlage erlitten, da es ihnen nicht gelungen sei, einen Regimewechsel herbeizuführen, während sie gleichzeitig massive, möglicherweise irreversible Schäden an ihren Stützpunkten im Nahen Osten davongetragen hätten.

Schließlich herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass die Ukraine – und damit auch die NATO – den Krieg verloren hat, was der amerikanischen Macht einen weiteren verheerenden Schlag versetzt hat. All dies wird als Beweis dafür angeführt, dass die USA – zum großen Teil wegen Trump – in eine Phase des unaufhaltsamen Niedergangs eingetreten sind, die sie zwingen wird, eine geschwächte Rolle zu akzeptieren und sich mit der Realität

der Multipolarität abzufinden. Diese Aussicht löst je nach dem, wen man fragt, entweder Panik oder Hoffnung aus.

Ich selbst habe dieses Argument mehr als einmal vorgebracht. Doch in letzter Zeit – als jemand, der eindeutig zum Lager der Befürworter der Multipolarität gehört – habe ich begonnen, mich zu fragen, ob hier nicht der Wunsch zum Vater des Gedankens geworden ist. Ich stimme zwar vielen der obigen Punkte zu, bin mir aber einfach nicht sicher, ob sie die Schlussfolgerung stützen, dass die USA unter der Last ihrer eigenen Fehler gezwungen sind, einer multipolaren Ordnung tatsächlich zu weichen. Die Entwicklungen des vergangenen Jahres deuten in eine andere Richtung – und nirgendwo wird dies deutlicher als in der zunehmenden Blockade der BRICS-Staaten selbst.

Hier ist es hilfreich, zwischen relativem Gewicht und relativer Macht zu unterscheiden. Was das Gewicht – insbesondere das wirtschaftliche Gewicht – angeht, ist die Multipolarität bereits Realität: Die USA haben einen viel geringeren Anteil an der Weltwirtschaft als noch vor einem Jahrzehnt, vor allem dank des Aufstiegs Chinas. Aber geht dieser Rückgang des relativen Gewichts mit einem vergleichbaren Rückgang der Macht einher, sei es wirtschaftlicher oder anderer Art? Das hängt davon ab, wie man Macht definiert, was weitaus schwieriger zu messen ist. Für die Zwecke dieser Argumentation definiere ich Macht als *die Fähigkeit, andere dem eigenen Willen zu unterwerfen*, was durch strukturelle oder durch offen zwanghafte Mittel erreicht werden kann. Ein Staat übt Macht über seine Bürger auf struktureller Ebene aus: Gehorsam beruht nicht nur auf der Androhung von Strafe, sondern auch auf dem Gefühl, dass das Befolgen der Regeln „normal“ und „richtig“ ist. Ein Verbrechersyndikat übt Macht hauptsächlich durch offene Zwangsmaßnahmen aus. Seit 1945 verfügen die USA über enorme strukturelle Macht, die in ihrer Kontrolle über die weltweite Finanz-, Logistik- und Militärinfrastruktur verwurzelt ist und – zumindest im Westen – durch die politische Fiktion einer „regelbasierten Ordnung“ legitimiert wird.

Diese strukturelle Macht hat zweifellos abgenommen. China ist nicht nur zu einer wirtschaftlichen, technologischen und militärischen Supermacht geworden; es hat auch still und leise eine alternative Finanz-, Handels- und Regierungsinfrastruktur aufgebaut, die es Ländern ermöglicht, außerhalb des Dollarsystems zu agieren – ein Projekt, das als Reaktion auf Washingtons Instrumentalisierung dieses Systems an Fahrt gewonnen hat.

Deshalb ist es dem umfangreichsten Sanktionsregime der Geschichte nicht gelungen, Russland lahmzulegen, und dies ist wohl die größte Errungenschaft der BRICS: Ländern – zumindest potenziell – einen Ausweg aus der globalen Matrix amerikanischer Kontrolle zu bieten.

Doch die zweite Trump-Regierung hat die Grenzen dieses Prozesses in dreierlei Hinsicht offenbart. Erstens bleibt die strukturelle Macht der USA, obwohl sie schwindet, nach wie vor gewaltig – und wächst an manchen Stellen sogar. Zweitens ergänzt Washington sie zunehmend durch offene Nötigung und rohe Gewalt. Drittens hat sich die BRICS-Gruppe als strukturell unfähig erwiesen, auf beides zu reagieren.

Über seinen eigenen Block übt Washington heute wohl mehr Kontrolle aus als jemals zuvor seit 1945: Europa ist politisch, wirtschaftlich und militärisch stärker denn je dem atlantistischen Establishment unterworfen: abgeschnitten von russischen Energielieferungen und abhängig von amerikanischen Lieferungen sowie eingebunden in eine NATO-Kommandostruktur, die durch den aktuellen Aufrüstungskurs eher gefestigt als gelockert wird. Eine ähnliche Dynamik lässt sich bei den anderen Mitgliedern der „globalen NATO“ beobachten: Australien, Japan und Südkorea. Diese haben gegenüber China eine zunehmend aggressive Haltung eingenommen und haben – wie die europäischen Länder und tatsächlich die meisten Länder weltweit – Trumps pauschale Zölle im Jahr 2025 weitgehend hingenommen. Nur China hat in nennenswertem Umfang Vergeltungsmaßnahmen ergriffen.

Über den eigenen Block hinaus gewinnt Washington wieder an Boden in dem Raum, den es seit Langem als seinen „Hinterhof“ betrachtet: Lateinamerika. Eine Reihe von Siegen für US-freundliche Regierungen – Milei in Argentinien, Kast in Chile, Paz in Bolivien, Asfura in Honduras und in diesem Jahr der von Trump unterstützte [Abelardo] de la Espriella in Kolumbien – hat Trumps Erweiterung der Monroe-Doktrin, die in der Nationalen Sicherheitsstrategie vom vergangenen Dezember dargelegt wurde, konkrete Gestalt verliehen. Das von den USA geführte „Shield of the Americas“, ein von der NATO inspiriertes, US-geführtes Sicherheitsbündnis, das im März mit zwölf lateinamerikanischen Regierungen ins Leben gerufen wurde, zählt mittlerweile 19 Mitglieder. Lulas knapper Sieg in Brasilien am 25. Oktober erinnert daran, dass dieses Wiederaufleben Grenzen hat, aber ein Wiederaufleben ist es dennoch.

Vor allem kann Washington immer noch schweren wirtschaftlichen Schaden anrichten, indem es Länder vom Dollarsystem abschneidet. Dies steht nicht im Widerspruch zur Widerstandsfähigkeit Russlands: Große, rohstoffreiche Volkswirtschaften, die von China unterstützt werden, können dem wirtschaftlichen Druck der USA standhalten; kleinere und anfälligere – der Großteil des Globalen Südens – können dies größtenteils nicht. Jahrelange Sanktionen hatten die iranische Wirtschaft bereits vor dem diesjährigen Krieg verheerend getroffen, und nur Russland, China und eine Handvoll anderer Länder widersetzten sich ihnen. Die meisten Länder lehnten sie zwar grundsätzlich ab, hielten sich in der Praxis jedoch aus Angst vor Sekundärsanktionen daran. Als Finanzminister Scott Bessent die

Regierungen warnte, die Zusammenarbeit mit iranischen Fluggesellschaften einzustellen, „sonst werdet ihr aus dem Dollarsystem ausgeschlossen“, setzte jedes Land in der Region umgehend Flüge mit iranischen Fluggesellschaften aus. Der Iran ist auch kein Einzelfall. Eine *Washington Post*-Recherche aus dem Jahr 2024 ergab, dass die USA mittlerweile ein Drittel aller Länder der Welt in der einen oder anderen Form mit Sanktionen belegen – ein Zustand des „permanenten Wirtschaftskriegs“, wie die Zeitung es formulierte.

All dies zeigt, dass Washington trotz aller von den BRICS-Staaten angeführten Bemühungen, den finanziellen Würgegriff der USA zu lockern, weiterhin über erhebliche strukturelle Macht – politisch, finanziell, militärisch und ideologisch – verfügt, mit der es die Politik weltweit gestalten kann: um die Länder des globalen NATO-Blocks zu disziplinieren, seinen Einfluss auf strategisch wichtige Regionen auszuweiten und Rivalen einseitig wirtschaftlichen Schaden zuzufügen. Das ist kaum das Verhalten eines todkranken Imperiums, das kurz vor dem Zusammenbruch steht.

Doch die eigentliche Frage, mit der Trump uns konfrontiert, lautet: Was passiert, wenn sich die USA nicht mehr darauf beschränken, ihre strukturelle Macht als Waffe einzusetzen, und sich weniger wie ein Staat, sondern eher wie ein kriminelles Syndikat verhalten? Viele von uns haben schon lange vorhergesagt, dass die Umverteilung des globalen wirtschaftlichen Gewichts nicht „auf natürliche Weise“ zu einem multipolaren System führen würde, sondern auf eskalierende Gewalt stoßen würde, die darauf abzielt, dieses System einzudämmen.

Genau das erleben wir gerade. Wie C. Raja Mohan Anfang dieses Jahres in *Foreign Affairs* argumentierte, haben die Illusionen der Multipolarität „die Vereinigten Staaten dazu befähigt, bisherige Beschränkungen abzulegen und ihre Macht noch aggressiver zu projizieren“.

In weniger als einem Jahr ist Washington in Venezuela einmarschiert und hat dessen Präsidenten entführt; es hat den Iran, ein BRICS-Mitglied, wiederholt bombardiert und dessen Ölexporte blockiert, von denen ein erheblicher Anteil nach China ging; es hat eine totale Blockade gegen Kuba verhängt; hat Handelsschiffe auf hoher See angegriffen; hat weiterhin sowohl Israels Krieg an mehreren Fronten ermöglicht als auch die eskalierende Drohnenkampagne der Ukraine gegen russische Infrastruktur unterstützt.

Bemerkenswerterweise haben Russland und China mit kaum mehr als diplomatischen Plattitüden reagiert, während sie weiterhin um Trump werben auf der Suche nach vorteilhaften „Deals“. Peking ist nicht unfähig, Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen: Als im Handelskrieg von 2025 seine eigenen Kerninteressen auf dem Spiel standen, zwangen seine Exportbeschränkungen für seltene Erden Washington innerhalb weniger Monate zu einem

Waffenstillstand. Wozu China jedoch keinerlei Bereitschaft gezeigt hat, ist, diesen Schutz auf seine Partner – Iran, Venezuela, Kuba – auszuweiten. Unterdessen hat sich Russland, trotz aller Rede von der angeblichen „hybriden Kriegsführung“, die es gegen Europa führt, geweigert, auf die de facto durch die NATO durchgeführten Angriffe auf sein Territorium mit gleicher Münze zu antworten.

Die Reaktion der BRICS-Staaten als Gruppe war noch schwächer, wie der Gipfel im September in Neu-Delhi schmerzlich deutlich machte. In ihrer Erklärung brachten sie es nicht über sich, die US-amerikanisch-israelischen Angriffe auf den Iran, ein Vollmitglied, zu verurteilen, geschweige denn die Täter namentlich zu nennen; sie begnügten sich mit einem allgemeinen Aufruf zur Zurückhaltung – ein Rückschritt sogar gegenüber der Erklärung von Rio aus dem letzten Jahr, in der die Angriffe vom Sommer 2025 zwar verurteilt wurden (ohne jedoch den Schuldigen namentlich zu nennen). Der Krieg in der Ukraine taucht unterdessen nirgendwo in dem 140 Absätze umfassenden Text auf. Einseitige Sanktionen werden verurteilt, doch das Land, das sie verhängt, bleibt ungenannt.

Dies spiegelt zum Teil das Wesen der BRICS wider. Es handelt sich nicht um ein Bündnis, geschweige denn um einen „Block“, und es gibt keine zentralisierten oder supranationalen Strukturen, die mit denen der EU oder der NATO vergleichbar wären. Die BRICS wurden ausdrücklich als konsensbasierte, souveränitätswahrende Plattform für die zwischenstaatliche Koordination konzipiert, in der die Mitglieder ihre volle Autonomie behalten und nur dort zusammenarbeiten, wo ihre nationalen Interessen zufällig übereinstimmen. Lange Zeit war dies ihre Stärke. Sie ermöglichte die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ländern mit sehr unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systemen, Ideologien und strategischen Prioritäten, die durch den gemeinsamen Wunsch vereint waren, das internationale System zu „demokratisieren“ – angefangen bei einer stärkeren Vertretung des Globalen Südens in westlich dominierten Institutionen wie dem IWF, der Weltbank und der UNO. Angesichts der Weigerung des Westens, diesen Forderungen nachzukommen, nahmen die BRICS-Staaten die Dinge selbst in die Hand und erarbeiteten sich schrittweise mehr Autonomie innerhalb der bestehenden Ordnung: durch die Verlagerung hin zum bilateralen Handel in lokalen Währungen und alternativen Zahlungssystemen, die sich unter den Mitgliedern zunehmend durchgesetzt hat, sowie durch neue Entwicklungs- und Governance-Strukturen wie die Neue Entwicklungsbank und Chinas „Belt and Road“-Initiative.

Diese Errungenschaften sollten nicht unterschätzt werden. Sie stellten eine außergewöhnliche Anstrengung nicht-westlicher Länder dar, ein gewisses Maß an Autonomie zu erlangen – insbesondere angesichts der Instrumentalisierung des Dollarsystems durch den Westen –, ohne sich gänzlich von der bestehenden Ordnung zu

lösen. Und sie wurden wohl gerade durch den lockeren, die Autonomie wahrenden Charakter der BRICS ermöglicht. Diese Lockerheit ermöglichte die Zusammenarbeit zwischen Ländern, die sich gegen verbindlichere Vereinbarungen gewehrt hätten – nicht zuletzt aufgrund langjähriger Rivalitäten (man denke an China und Indien) –, während sie den BRICS-Staaten gleichzeitig die Art von panischer Reaktion in westlichen Hauptstädten ersparte, die eine strengere, blockähnliche Formation mit ziemlicher Sicherheit hervorgerufen hätte. Doch der langsame Aufbau dieser alternativen Ordnung beruhte auf einer grundlegenden Voraussetzung: einem gewissen Maß an Entgegenkommen seitens des Westens.

Diese Voraussetzung gilt nicht mehr. Was in den letzten Jahren als zunehmend aggressive Instrumentalisierung des Dollarsystems begann – eine Entwicklung, die zunächst den Trend zur Entdollarisierung beschleunigte –, ist zu einem regelrechten Krieg gegen die Multipolarität eskaliert, einschließlich des unverhüllten Einsatzes von Gewalt gegen Schlüsselakteure der sich abzeichnenden nicht-westlichen Ordnung.

Dies hat die Spielregeln grundlegend verändert. Es ist eine Sache, sich zwischen Ländern abzustimmen, deren Differenzen sich auf unterschiedliche Ansichten über die Tiefe ihrer Integration in den Westen oder das Tempo ihrer Abkopplung von der bestehenden Ordnung beschränken – insbesondere, wenn Letzteres keine Vergeltungsmaßnahmen nach sich zieht. Es ist jedoch etwas ganz anderes, sich zwischen Ländern abzustimmen, von denen einige mit dem Westen im Krieg stehen, während andere seine Verbündeten sind – und das in einem Kontext, in dem die Abkehr vom Dollar oder der Handel mit sanktionierten Staaten hohe Kosten nach sich ziehen kann.

Dies hat tiefe Risse innerhalb der BRICS-Staaten aufgerissen, da sich deren Mitglieder in völlig unterschiedlichen strategischen Situationen befinden. Russland führt einen Stellvertreterkrieg mit der NATO; der Iran wurde bombardiert, um einen Regimewechsel zu erzwingen. China hingegen sieht sich keiner unmittelbaren militärischen Bedrohung ausgesetzt und verfolgt eine langfristige Strategie, die darauf abzielt, die USA durch einen längeren Atem zu überwinden und gleichzeitig eine frontale Konfrontation zu vermeiden. Indien und Brasilien sind ebenso wie China selbst tief in die westlichen Märkte integriert und bestrebt, einen Bruch mit Washington zu vermeiden. Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) hingegen stehen buchstäblich auf der anderen Seite des Iran-Kriegs: Ihr Luftwaffenstützpunkt Al Dhafra diente als wichtiger Knotenpunkt für die US-Kampagne, und der Iran hat rund 2.500 Raketen und Drohnen auf emiratisches Gebiet abgefeuert.

Dass zwei BRICS-Mitglieder seit Monaten faktisch miteinander im Krieg stehen, verdeutlicht besser als alles andere die Risse, die die USA innerhalb der Gruppe aufreißen

konnten. Kein Wunder also, dass sich die BRICS als unfähig erwiesen haben, einen koordinierten Widerstand gegen die Gegenreaktion auf die Multipolarität zu organisieren oder auch nur Unterstützung und Solidarität für angegriffene Mitglieder zu koordinieren. Die USA brauchen auch keine Bomben, um diese Differenzen auszunutzen. Indien bezeichnet seinen Balanceakt zwischen verschiedenen Machtzentren als „strategische Autonomie“, doch für die USA ist dies eine Lücke, durch die sie das Konsensmodell der BRICS für ihre eigenen Zwecke nutzen können. Washington übte Druck auf Indien aus, sich den USA und Israel in ihrem Krieg gegen den Iran anzuschließen und seine russischen Öleinkäufe Anfang dieses Jahres drastisch zu reduzieren; als Vorsitzland des jüngsten Gipfels leitete Indien eine Erklärung ein, deren Auslassungen Washington perfekt entgegenkamen. Noch aufschlussreicher ist vielleicht, dass auch die ausdrücklich auf Sicherheit ausgerichtete Shanghai Cooperation Organisation (SCO) auf den Krieg gegen den Iran, eines ihrer Mitglieder, mit kaum mehr als einer Äußerung „tiefer Besorgnis“ reagierte, in der kein Aggressor namentlich genannt wurde.

All dies wirft ernsthafte Fragen über die Zukunft der BRICS und ähnlicher nicht-westlicher Institutionen auf – und über den Übergang zu einer multipolaren Ordnung an sich. Zu sagen, dass nicht-westliche Länder derzeit völlig unvorbereitet sind, mit dem vom Westen angeführten Angriff umzugehen, ist keine Kritik, sondern eine Feststellung. Wie Mohans Argumentation nahelegt: Kann eine Welt, in der es den USA weiterhin freisteht, wiederholt militärische und wirtschaftliche Aggressionen zu begehen, ohne von einer anderen Macht in Schach gehalten zu werden, wirklich ernsthaft als multipolar bezeichnet werden?

Die Analystin Nel Bonilla bringt das Problem treffend auf den Punkt. Angesichts des gegenwärtigen geopolitischen Wandels, so argumentiert sie, haben die transatlantischen Führungsschichten den Westen in einen „Bunkerstaat“ verwandelt, der darauf ausgerichtet ist, durch permanente Versicherheitlichung (im Original: „securitisation“) und die gezielte Fragmentierung der internationalen Ordnung die Grundlagen der Multipolarität zu zerstören. Seine Gegner sind hingegen defensiv ausgerichtete Mächte, die Pipelines und Handelskorridore aufbauen, statt eine gemeinsame politische – geschweige denn eine verteidigungspolitische – Verteidigungsarchitektur zu schaffen. Genau deshalb kann das Imperium sie eine nach der anderen ausschalten.

Man könnte einwenden, dass diese Lesart aus einer pro-multipolaren Perspektive zu pessimistisch ist: dass Washingtons Aggression seine „Soft Power“ zerstört hat, die die USA mehr gekostet als ihnen gebracht hat, dass sie den Iran nicht brechen konnte und den Niedergang der USA nur beschleunigen wird, was Chinas Strategie der Geduld rechtfertigt.

Vielleicht. Doch die USA haben Russland durch einen langwierigen Stellvertreterkrieg

bereits enorme Kosten auferlegt, konnten China durch die Bedrohung strategischer Engstellen wie der Straße von Malakka schweren Schaden zufügen und haben gezeigt, dass sie die Entstehung einer multipolaren Ordnung ernsthaft behindern können, indem sie Chinas Partnern Schaden zufügen. Für ein Land, das so viel auf globale Vernetzung gesetzt hat, ist das keine geringfügige Bedrohung.

China und seine Mitstreiter für Multipolarität mahnen die Welt gerne, die „Blockmentalität" abzulehnen. Doch ob es nicht-westlichen Ländern gefällt oder nicht: Der Westen *ist* ein Block, und zwar ein äußerst geschlossener. Die Frage ist also, ob der Übergang zu einer multipolaren Ordnung ohne eine ebenso mächtige transnationale Kraft mit einem gemeinsamen politischen Horizont erreicht werden kann, die in der Lage ist, das Imperium in Schach zu halten. Das Paradoxon liegt auf der Hand: Ein nicht-westlicher Block nach dem Vorbild der NATO würde – selbst wenn er politisch machbar wäre – sehr wahrscheinlich eine verheerende globale Konfrontation auslösen. Dass wir eine solche bisher vermieden haben, liegt genau daran, dass Russland und China sich bisher davor zurückgehalten haben, mit gleicher Münze zurückzuzahlen.

Dafür sollten wir dankbar sein. Aber wir sollten uns keine Illusionen über die Aussichten auf einen friedlichen Übergang zu einer multipolaren Ordnung machen. Angegriffene Länder werden sich weiterhin widersetzen, wie der Iran gezeigt hat. Vorerst leben wir jedoch immer noch in einer Welt, die militärisch gesehen weitgehend unipolar bleibt – einer Welt, in der es den USA freisteht, Gewalt anzuwenden und andere, oder zumindest die schwächeren Glieder des multipolaren Systems, ihrem Willen zu unterwerfen, ohne dass es eine kollektive Kraft gibt, die sie daran hindern könnte.

Titelbild: Ole.CNX / Shutterstock

Mehr zum Thema:

BRICS und der schwierige Weg in die multipolare Welt (Teil 1)

BRICS und der schwierige Weg in die multipolare Welt (Teil 2)

BRICS und der schwierige Weg in die multipolare Welt (Teil 3)